

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/163

Bad Godesberg, den 26. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Bemühen um Entspannung ist Pflicht Herbert Wehners Aktivitätsappell vor den sudetendeutschen Sozialdemokraten	47
2 - 3a	Der Heimat verbunden - dem Frieden verpflichtet Zum 5. Bundestreffen der Seliger-Gemeinde	115
4	Sonderschulen Bremen hat vorbildliche Leistungen aufzuweisen Von Alfred Weber	49
5 - 6	Atomsperrvertrag Die Katze ist aus den Sack Von Pierre Simonitsch, Genf	82

* * *

Bemühen um Entspannung ist Pflicht

Herbert Wehners Aktivitätsappell
vor den sudetendeutschen Sozialdemokraten

ee - Unser Bemühen um europäische Entspannung und innerdeutsche Aussöhnung ist vor allem auch eine Pflicht. Herbert Wehner, Bundesminister für Gesamtdutsche Fragen und stellvertretender SPD-Vorsitzender, hat den Begriff des Pflichtbewußtseins in unsere Überlegungen und Bemühungen eingebracht. Es ist mehr als symbolisch, daß er dieses Wort vor den sudetendeutschen Sozialdemokraten gesprochen hat, die sich in der Zonengrenzstadt Hof, die nahezu gleich weit von der DDR und der CSSR entfernt liegt, zum 5. Bundestreffen ihres Gesinnungsverbandes Seliger-Gemeinde zusammengefunden hatten. Sie, die als Leidschaftliche Gegner der Hitler-Diktatur dennoch in die Mühlsteine der erbitterten und mörderischen Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Deutschen geraten sind, wissen, was Pflichtbewußtsein ist, und sie haben daher das Wort Wehners genau verstanden.

Es geht darum, daß wir Deutsche aus unserer moralischen Verpflichtung und sittlichen Haltung heraus mit langem Atem und im millimeterweisen Vorarbeiten jene Regelungen suchen und sie praktisch wirksam machen helfen, durch die wir im innerdeutschen Bereich das Verhältnis zueinander und zugleich damit unser Verhältnis als Deutsche zur übrigen Welt so normal werden lassen, wie das angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse in Deutschland nur möglich ist. In Zustand der Verkämpfung läßt sich dieser Weg nicht gehen und dieses Ziel nicht ansteuern. Wir müssen also mit aktivem Bewußtsein, eben Pflichtbewußtsein, bereit sein, den Beitrag, den man von uns verlangen kann und darf, zu leisten, zur Diskussion zu stellen und möglich zu machen.

Das hat nichts mit Opportunismus, mit Abfinden etwa mit dem SED-Regime oder mit "Anerkennung der Vertreibung" zu tun. Aber europäische Entspannung und innerdeutsche Aussöhnung hängen voneinander ab, und wer etwas anderes sagt, der ist, so erklärte Wehner hart und deutlich, ein Lügner. Die Leute, die jetzt jede der Entspannung dienende Aktion der von den Sozialdemokraten mitverantwortlich getragenen Bundesregierung bekritteln und bekakeln, weil es entweder ein Zuviel oder ein Zuwenig ist, und sie vor allem "rauschende" Erfolge verlangen, die sollten doch erst einmal auf Heller und Pfennig nachweisen, was in den 17 Jahren geschehen ist, in denen sie nahezu allein die Verantwortung getragen hatten. Für die Politik, zumal die Außenpolitik und noch mehr die Ost- und Deutschlandpolitik bedarf es des Durchsehvermögens, und das setzt nicht nur heiße Herzen und kühlen Verstand, sondern vor allem auch Pflichtbewußtsein voraus.

Die Sozialdemokraten wollen, so sagte Wehner, Aussöhnung und Entspannung, sie wollen, daß das deutsche Volk seinen Frieden mit sich selbst und mit der Welt findet. Und gerade deshalb vergessen sie auch nicht, daß immer noch Menschen erschossen werden, die von Deutschland nach Deutschland wollen. Um so dringender aber ist es notwendig, daß wir uns zu Wort melden, wo es Berührungspunkte gibt, um sie diskutierbar und für Entspannung und Aussöhnung nutzbar zu machen, die ihr Dach in einer gerechten und für alle Beteiligten annehmbaren europäischen Sicherheits- und Friedensordnung finden sollen.

Der Heimat verbunden - dem Frieden verpflichtet

Zum 5. Bundestreffen der Seliger-Gemeinde

ler - Der Heimat verbunden, dem Frieden verpflichtet - unter diesem aussagekräftigen und richtungbestimmenden Motto stand das 5. Bundestreffen der Seliger-Gemeinde in dem nur wenige Kilometer von der Staatsgrenze und dem Eisernen Vorhang gelegenen Hof. Der Mann, dessen Name diese Gemeinschaft ehemaliger sudetendeutscher Sozialdemokraten trägt, Josef Seliger, gehörte zu den großen Bewegern der Sozialdemokratie in der Habsburger Doppelmonarchie. Für die Sudetendeutschen wurde er zum Symbol ihres Ringens um die soziale Gerechtigkeit und nationale Selbsterhaltung im Vielvölkerstaat der Tschechoslowakei. Wäre es nach ihm und seinen Vorstellungen über ein geordnetes Neben- und Miteinander der Völker im Donauraum gegangen, wäre vielleicht der Welt die Tragödie eines Zweiten Weltkrieges erspart geblieben. Das von ihm 1900 maßgebend formulierte Brünner Nationalitätenprogramm der Sozialdemokratie, aus dem selbst ein Stalin wertvolle Anregungen schöpfte, hat nichts von seiner Bedeutung für ein Europa verloren, das noch auf dem Wege ist, nach zwei verheerenden Kriegen wieder zu sich selbst zu finden.

Josef Seliger starb 1920, kaum fünfzig Jahre alt, mitten in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie erwies sich in der Folgezeit als treuer Sachverwalter seines Erbes. Sie hatte einen Zwei-Fronten-Kampf zu führen gegen soziale Ausbeutung und um nationale Gleichberechtigung in einem Staate, in dem es eine Staatsnation gab und Völker oder Volksgruppen niederen Rechts. Ein solches Staatsgebilde konnte in der Stunde äußerster Bedrängnis die Prüfung nicht bestehen. Wenzel Jaksch hat in seinem Buch "Europas Weg nach Potsdam" die Tragödie des Münchner Abkommens und seine Folgewirkungen für die Nachwelt nachgezeichnet.

* * *

Wenzel Jaksch, deutscher Patriot, Demokrat und glühender Europäer, war es auch, der, inspiriert von den Ideen eines Seliger, nach der Vertreibung seiner Landsleute und der Bildung der Bundesrepublik, seine Getreuen wieder sammelte und ihnen in der Gesinnungsgemeinschaft der Seliger-Gemeinde eine Plattform für eine neue politische Wirksam-

keit schuf - im Rahmen und im Einklang mit dem Willen und den Zielen der Deutschen Sozialdemokratie. Wenzel Jaksch wurde zu seinen Lebzeiten oft verkannt, er war ein höchst unbequemer Mann, er begnügte sich nicht mit der Wiederholung gängiger Formeln, und so mancher vermochte seinen Visionen nicht zu folgen. In den letzten Jahren vor dem Münchener Abkommen, in denen er den Kampf gegen die Verderber des deutschen Volkes führte, es ablehnte, das Selbstbestimmungsrecht für seine Volksgruppe aus Mörderhänden zu empfangen, galt er in den Augen der Machthaber des Dritten Reiches als ein Verräter; sie bürgerten ihn als einen der ersten Sudetendeutschen im Frühjahr 1939 aus; er wurde zum todeswürdigen Staatsfeind erklärt. Die Apostel der Austreibung von dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen und die Kommunisten stempelten ihn als Imperialisten, Militaristen und rachedürstigen Revanchisten ab, der Hitlers Spuren folge. Welch ungeheuerliche Verkenning eines Mannes, der sich in leidenschaftlichen Ringen um die nationale Selbstbestimmung unseres Volkes und der Bewahrung der Rechte anderer Völker verzehrte und dem es gegeben war, in seinen Schriften und Büchern, nicht zuletzt in dem Bericht des Bundestages, der seinen Namen trägt, der deutschen Ostpolitik belebende Impulse zu geben. Seine letzte Arbeit "Osteuropa - Westeuropa" ist zum interessanten Studienobjekt auch für Prag, Warschau und Moskau geworden und in Brüssel, dem Sitz der Europäischen Gemeinschaften, wirkte sie als eine Erleuchtung.

* * *

Ein Mann wie Herbert Wehner, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Minister für Gesamtdeutsche Fragen, hätte wohl die Schirmherrschaft für das 5. Bundestreffen der Seliger-Gemeinde - er teilte sie mit dem Bürgermeister der Grenzstadt Hof, Hans Högen, - nicht übernommen, wäre er der Überzeugung gewesen, sein Ansehen und sein Prestige für eine Gemeinschaft einzusetzen, der keine Zukunft gehört. Aber ein Herbert Wehner und seine Partei wissen, was die Seliger-Gemeinde an politischem und moralischem Gewicht mitbringt, und daß sie wohl durchaus legitimiert ist, ihren unerläßlichen Beitrag zur Entspannung und zur Entkrampfung unseres Verhältnisses zu den slawischen Nachbarn zu leisten. Die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben wahrscheinlich den teuersten Preis zu bezahlen gehabt, den die Geschichte gesinnungsfesten Männern und Frauen abverlangt hat. Diese Feststellung traf in einer ergreifenden Rede der frühere österreichische Außenminister und jetziger

Vorsitzender der Österreichischen Sozialistischen Partei, Bruno Kreisky, und er fügte hinzu, daß sie, die sudetendeutschen Sozialdemokraten, die unbestrittene Legitimation haben, gegen das Unrecht der Austreibung von Millionen ihrer Landsleute Stellung zu nehmen und sich mit ihr nicht abzufinden. "Wir Sozialdemokraten, überall in der Welt, lehnen es ab, daß neues Unrecht mit früherem begründet wird." Es macht in der Tat schon etwas aus, w e r gegen was protestiert.

Manche können der Versuchung nicht widerstehen, die Sudetendeutschen zum Prügelknaben Europas zu machen. Sie tun so, als wäre diese Volksgruppe gewissermaßen seit Urzeiten eine Provinz des wildesten Nationalismus gewesen; sie berufen sich dabei auf unsinnige und törichte Äußerungen mancher Sudetendeutscher, die glauben, sie wären zum Präzeptor Germania berufen. Sie berufen sich auf die Falschen und übersehen die geschichtliche Rolle der sudetendeutschen Sozialdemokratie als einen Faktor der Völkerverständigung und friedlichen Zusammenarbeit.

* * *

Für das Ansehen, das sich die Seliger-Gemeinde als Gesinnungsgemeinschaft auch in Ausland erworben hat, spricht die große Anzahl ausländischer prominenter Gäste, die das Bundestreffen dieser Gemeinschaft mit ihrer Anwesenheit ehren. John Hynd, der frühere britische Hochkommissar für Deutschland in den Jahren nach dem Zusammenbruch, gehört zu den ständigen Besuchern. Auch in den dunkelsten Stunden des Zweiten Weltkrieges, als der Deutschenhaß hohe Wellen schlug und die Geister verüsterte, erwies er sich als ein treuer Freund unseres Volkes, bewahrte er sein kühles Urteil und verlor nie den Glauben an ein neues, der Demokratie zugewandtes Deutschland. Ernst Paul, Geschäftsführender Bundesvorsitzender der Seliger-Gemeinde, verbrachte viele Jahre als Emigrant in Schweden, dort gewann er für sich und die Sache der Sudetendeutschen einflußreiche Freunde. Sie kommen gern als Gäste zur Seliger-Gemeinde, fühlen sich mit ihr verbunden und sie sind in Skandinavien die besten Zeugen für die Reinheit des Willens sudetendeutscher Sozialdemokraten.

Bis auf Verständigung und Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn hinielende Ostpolitik der Regierung Kiesinger/Brandt findet die vollste Unterstützung der Seliger-Gemeinde. Sie bejaht das Abkommen mit Prag als einen ersten Schritt, die Kluft zwischen Tschechen und Deutschen zu verringern. Das 5. Bundestreffen stand im Zeichen des redlichen Bemühens, den Brückenschlag mit Tschechen und Slowaken zu tun, das, was zwischen Deutschen und diesen Völkern an Mißtrauen und schrecklichen Erinnerungen besteht, abzubauen und gemeinsam ein Europa anzusteuern; das Völker milderer Rechts nicht mehr kennt und es den Menschen ermöglicht, über Ländergrenzen hinweg wieder zusammenzufinden. Nicht an Gestern gilt es festzuhalten, es gilt die Wege zu bahnen für eine auf sicheren Fundamenten ruhende europäische Friedensordnung. Die Seliger-Gemeinde, erprobt in schweren Kämpfen, bringt für dieses große Werk den reichen Schatz ihrer Erfahrungen und eine ruhmreiche Tradition mit. Auf sie kann die gesamtdeutsche Politik nicht verzichten.

+ + +

Sonderschulen

Bremen hat vorbildliche Leistungen aufzuweisen

Von Alfred Weber

Mehr als 3 000 Bremer Kinder besuchen Sonderschulen der verschiedensten Art. Mindestens acht verschiedene Gruppen von Kindern mit bestimmten Schwierigkeiten, die früher keinerlei Ausbildung und Bildungshilfen erhielten, wird heute Unterricht erteilt. Das trifft natürlich hauptsächlich auf die größte dieser Gruppen, auf die ehemaligen "Hilfsschüler" zu, die heute unter der Bezeichnung Sonderschule (H) beschriftet werden. In elf Schulen dieser Art - eine 12. ist zur Zeit im Bau - werden 2 300 Kinder in 133 Klassenverbänden unterrichtet. Es sind Schüler, die in Normalschulbetrieb scheitern, Lernbehinderte, die nach neun Schuljahren hier ihr Abgangszeugnis erhalten. Kreise der Wirtschaft, die Lehrlinge ausbilden, nehmen zum Beispiel lieber Kinder, die eine Sonderschule bis zur 9. Klasse durchlaufen haben, als solche, die vielleicht aus der 6. Grundschulklasse oder 7. Hauptschulklasse entlassen werden.

165 geistig behinderte Kinder erhalten in 11 Fördergruppen schulischen Unterricht. Bis zum Jahre 1970 ist damit zu rechnen, daß insgesamt 260 dieser Kinder zu betreuen sind.

In zwei Sonderschulen für gehör- und sprachgeschädigte Kinder werden in Bremen zur Zeit 325 Schüler mit modernsten Unterrichtsmitteln zum Lesen, Schreiben und Rechnen geführt. Die Gehörlosen lernen Lippenlesen und -sprechen, die Sprachgeschädigten lernen normal sprechen. Sehbehinderte Kinder werden jetzt noch in der Schule an der Horner Heerstraße unterrichtet. Aber auch für diese etwa 40 Schüler in fünf Klassen ist ein Neubau geplant, für den die Planungskosten bereits bewilligt sind. In einer Sonderschule für körperbehinderte Kinder werden zur Zeit 97 Kinder in acht Klassen und 12 Kinder in einer Fördergruppe beschriftet. Einen großen Posten im Bremer Schuletat nimmt auch die Sonderschule für entwicklungsgestörte Kinder ein. 110 Schüler, die bei ausreichender Begabung an seelischen Entwicklungsstörungen leiden, mangelnde Konzentration im Unterricht zeigen, reizbar und aggressiv sind oder aus schwierigen häuslichen Verhältnissen kommen, werden hier in 10 Klassen unterrichtet.

Weitere Einrichtungen der Schulverwaltung zur Hilfe für Kinder in schwierigen Lagen sind: die Heimschule Fichtenhof für entwicklungsgestörte Kinder aus Bremen-Nord mit 30 Besuchern; die Sonderklasse der Kinderbeobachtungsstation der Nervenklinik Haus Schotteck in Lesum mit durchschnittlich 15 Kindern; die Klasse für vollschulpflichtige Jugendliche im Erziehungsheim für männliche Jugendliche, wo durchschnittlich eine 20köpfige Klasse betreut wird. Ferner erteilen Pädagogen Hausunterricht für Kinder, die nicht in die Schulen gehen können, aber unterrichtsfähig sind. Schließlich gibt es für Kinder mit hirnorganischen Schädigungen, die deshalb den Symbolgehalt der Buchstaben nicht erfassen, sogenannte Legasteniker, in Bremen zwei Klassen mit 30 Schülern. Der sozialdemokratisch regierte Stadtstaat Bremen hat mit seinem Sonderschulwesen Vorbildliches im Bundesmaßstab geleistet. Die Differenzierung ist so günstig, daß praktisch allen Kindern, bei denen die geringste Möglichkeit dafür besteht, eine einigermaßen umfassende Ausbildung geboten werden kann. Bremen sieht aber auch klar: ein weiterer Ausbau dieser Einrichtungen ist notwendig, vor allem aber die fachgerechte Ausbildung von Sonderschullehrern.

Atomsperrvertrag

Die Katze ist aus dem Sack

Von Pierre Simonitsch, Genf

Der seit langem erwartete sowjetisch-amerikanische Atomsperrvertragsentwurf liegt jetzt auf dem Tisch. Er ist nicht vollkommen, aber als Diskussionsgrundlage durchaus brauchbar. Sein Inhalt brachte keine Überraschungen. Da der Text über zwei Monate in der Schublade lag, bevor er von den Regierungen grünes Licht bekam, waren die meisten Vertragsartikel bereits durchgesiekt. Die beiden letzten Wochen wartete die Sowjetregierung, bis alle ihre Verbündeten den Text begutachtet hatten und ihr Einverständnis zur Unterbreitung nach Genf gekabelt hatten. Zum Nachdenken für die Ostexperten...

Artikel 1 und 2 des Entwurfs verbieten die Weitergabe von Atomwaffen oder Atomsprengsätzen jeglicher Art sowie die Annahme und Erzeugung solcher Sprengkörper durch die gegenwärtigen Nichtatomstaaten. Artikel 4 bescheinigt, daß nichts in dem Vertrag so ausgelegt werden darf, daß dadurch die friedliche Nutzung der Kernenergie behindert werden könnte. Diese Klausel wurde eingeschoben, nachdem sich in einigen Ländern Stimmen regten, die eine Beschränkung der friedlichen Atomindustrie und Fabrikspionage befürchteten.

Artikel 5 ist in drei Paragraphen unterteilt und regelt die Prozedur späterer Zusatz- und Abänderungsvorschläge. Jedem Signaturstaat wird das Recht verbrieft, Vertragsänderungen vorzuschlagen. Wenn der Vorschlag von mindestens einem Dritten der Vertragspartner unterstützt wird, muß eine Sonderkonferenz einberufen werden. Die Annahme erfolgt durch Mehrheitsbeschluß, wobei den Atomächten und allen zum Zeitpunkt der Vorschlagsunterbreitung im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieagentur in Wien vertretenen 25 Staaten ein Vetorecht zusteht. Alle fünf Jahre soll in Genf eine Konferenz zusammentreten, an welcher überprüft wird, ob der Vertrag seine Ziele erreicht hat.

Artikel 6 beinhaltet die Beitrittsklauseln. Der Vertrag soll "allen Staaten" - also auch jenen, die nicht von der UNO anerkannt sind - zum Beitritt offenstehen. Artikel 7 legt die Möglichkeit jedes Staates fest, den Vertrag einseitig zu kündigen, falls durch außergewöhnliche Umstände seine höchsten Interessen bedroht sind. Der Kündigerstaat muß seine Gründe drei Monate vor dem Austritt allen Vertragspartnern und dem UNO-Sicherheitsrat bekanntgeben.

Noch keine Einigung konnte über den berühmten Artikel 3 - die Kontrollbestimmungen - erzielt werden. Das Dokument läßt daher den Raum vorläufig offen. Amerikaner und Russen arbeiten nun mit Vollaufdruck auf einen Kompromiß hin, um womöglich der diesjährigen UNO-Generalversammlung einen vollständigen Vertragsentwurf unterbreiten zu können.

Wie aus diplomatischen Kreisen zu erfahren ist, hält der amerikanische Chefdelegierte Foster schon eine Formel bereit, die während der letzten Vertagungspause der Abrüstungskonferenz mit den EWG-Staaten abgestimmt wurde. Danach würde der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) grundsätzlich die Vertragskontrolle übertragen. Der vorgeschlagene Text überträgt der Wiener Agentur die Aufgabe, die Kontrolle des Kernbrennstoffflusses zu "verifizieren". Wie diese Verifikation im einzelnen aussehen soll, darüber bestehen noch keine genauen Vorstellungen; sie könnte von der einfachen Durchsicht der Bücher zum anderen Extrem, der direkten Anlageinspektion durch die IAEA, gehen. Innerhalb von drei Jahren müßte die IAEA mit allen Signaturstaaten oder regionalen Gemeinschaften bilaterale oder multilaterale Verträge über den Kontrollmechanismus abschließen. Im Fall von Euratom dürfte die zufriedenstellendste Lösung irgendwo in der Mitte liegen - etwa daß den Euratom-Inspektoren Vertreter der IAEA zur Seite stehen.

Bisher hat die Sowjetunion diesem Vorschlag noch nicht zugestimmt. Moskau befürchtet wohl in erster Linie eine internationale Aufwertung der EWG, vielleicht auch Schlupflöcher im Überwachungssystem. Die Bemühungen der USA gehen nun dahin, ihre Verhandlungspartner zu überzeugen, daß gerade die Nichtanerkennung der Existenz regionaler Gemeinschaften Schlupflöcher schaffen würde, weil die EWG-Regierungen nicht mehr einzeln über das Geschick des gemeinsamen Atomsektors verfügen. Die meisten Abrüstungsdiplomaten sind der Meinung, daß die Sowjetunion über kurz oder lang diese Argumente akzeptieren wird.

Weniger Chancen auf Durchsetzung ihrer Wünsche haben Länder wie Schweden, Indien oder Brasilien. In der Vertragspräambel geben die beiden Supermächte zwar ihre Absicht bekannt, so rasch wie möglich das Wettrüsten einzustellen, aber eine bindende Verpflichtung ist nirgends zu finden. Die freie Erzeugung von Atom Sprengsätzen zur "friedlichen Verwendung" wollen die Großmächte nicht zulassen, weil solche Sprengkörper ebensogut als Massenvernichtungswaffen dienen könnten. Die USA und die Sowjetunion erklären sich dafür in der Präambel bereit, im Bedarfsfalle friedliche Atom Sprengsätze allen Vertragspartnern ohne Diskriminierung zur Verfügung zu stellen. Auch der Wunsch Indiens nach einer "aktiven" Sicherheitsgarantie gegen Aggression oder atomare Erpressung dürfte kaum in Erfüllung gehen. Die Sowjets können sich eine solche problematische Zusage überhaupt nicht vorstellen, die USA höchstens durch eine internationale Beistandsresolution im Rahmen der UNO-Generalversammlung.